UID

Nummer 30
25. September 2003
www.cdu.de

Fakten und Argumente

Foto: ddp

Es wird **eng** für Kanzler Schröder

Nach dem Triumph der CSU in Bayern wird die Union noch stärker eigene Akzente bei den Reformprojekten von Rot-Grün setzen.

Dies betonte Angela Merkel nach einer Sitzung der Spitzengremien der Partei. „Ein solches Ergebnis verpflichtet uns, unsere Handschrift deutlich werden zu lassen, unsere Prinzipien einzufordern und hart mit der Bundesregierung zu verhandeln. Aber wir wollen die Mehrheit nicht benutzen, um Reformen aufzuhalten, sondern um die Weichen richtig zu stellen", sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands. *Fortsetzung Seite 2*

INHALT

CDU/CSU-Bundestagsfraktion:
Angela Merkel als Vorsitzende wiedergewählt
Seite 5

Dokumentation
Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Bayern
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Es wird eng für Kanzler Schröder (Seite 1–3) ■ Laurenz Meyer: Grandioser Erfolg für die CSU (Seite 4) ■ Annette Schavan: Die OECD nimmt die berufliche Bildung zu wenig wahr (Seite 6–7) ■ Sachsen: Neuer Landesvorstand gewählt (Seite 8) ■ Berliner Gespräche: Über die Renaissance bürgerlicher Werte (Seite 9) ■ „Chancen müssen vor Risiko gestellt werden" (Seite 10) ■ Frauen gestalten die Europäische Union (Seite 11) ■ Effiziente Verbrechensbekämpfung durch DNA-Analyse (Seite 12–13) ■ Hermann Kues zu Kopftuchurteil (Seite 14) ■ Dietrich Austermann: Maut-Verträge offen legen! (Seite 14–15) ■ Hartmut Koschyk, Thomas Strobl: Schleuserkriminalität auch künftig bekämpfen können (Seite 15–16) ■ Klaus Riegert: Rot-grüne Sportförderung auf niedrigstem Niveau (Seite 16) ■ Peter Paziorek, Tanja Gönner, Werner Wittlich: Zwangspfand endlich aussetzen.

IMPRESSUM

UID

Fortsetzung von Seite 1

Bereits am Wahlabend hatte Angela Merkel Edmund Stoiber und der CSU im Namen der CDU Deutschlands zu dem großen Wahlsieg gratuliert. Zum ersten Mal in der deutschen Parlamentsgeschichte hat eine Partei eine Zweidrittelmehrheit der Mandate erreicht. Dies sei ein Ergebnis, das „Anlass zu großer Freude" gebe, sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

■

Union insgesamt gut aufgestellt

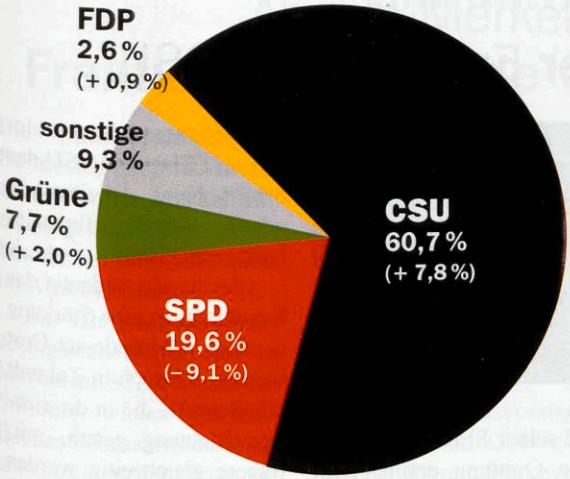
Angela Merkel machte deutlich, dass dieser Erfolg nur möglich gewesen sei, weil die „Union insgesamt gut aufgestellt ist und für Berechenbarkeit und für Verlässlichkeit" stehe. Auch verfüge die CSU in Bayern über eine historisch gewachsene „hohe Akzeptanz". Der Erfolg der CSU sei für die gesamte Union erfreulich, betonte Merkel. Das Ergebnis sei für die SPD desaströs. Für den Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder werde es jetzt „sehr eng", ist sich Angela Merkel sicher. Die Sozialdemokraten werden sich die Frage stellen müssen, ob er die „Seele der Sozialdemokratie verkörpere", sagte die CDU-Vorsitzende. „Zusammen mit den Siegen in Niedersachsen und Hessen zeigt das Wahlergebnis, dass dort, wo die SPD bisher Regierungsverantwortung getragen hat, die Wähler ihre Hoffnung in die Politik von CDU und CSU setzen. Und dort, wo die Union bereits Regierungsverantwortung trägt, die Wähler ihre Erwartungen bestätigt sehen."

■

Wahlergebnisse

Die CSU verbesserte sich nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis um 7,8 Punkte auf 60,7 Prozent. In dem von 204 auf 180 Abgeordnete verkleinerten Landtag hat sie damit künftig 124 Mandate (Zweidrittelmehrheit: 120 Mandate). Die in Bayern traditionell schwa-

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333. Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Ergebnisse: Landtagswahlen in Bayern 2003

che SPD erlebte mit einem Minus von 9,1 Punkten ein Fiasko: Sie stürzte mit ihrem Spitzenkandidaten Franz Maget von 28,7 auf 19,6 Prozent ab – ihr mit Abstand schlechtestes Ergebnis. Die Sozialdemokraten verloren auch alle fünf Direktmandate und verfügen nur noch über 41 Abgeordnete. Die Grünen verbesserten sich von 5,7 auf 7,7 Prozent und sind mit 15 Sitzen im Landtag vertreten. Die FDP steigerte sich leicht von 1,7 auf 2,6 Prozent, verpasste damit aber ebenso wie die Freien Wähler (4,0%) erneut den Sprung in den Landtag. Die Wahlbeteiligung sank um 12,5 Punkte auf nur noch 57,3 Prozent (1998: 69,8).

Wahlfaktoren

Nach einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen haben drei Gründe maßgeblich zu dem Wahlerfolg der CSU beigetragen: die bedrückende bundespolitische Stimmung gegen die SPD, die Popularität Edmund Stoibers und das schlechte Erscheinungsbild der bayerischen Sozialdemokraten.

Mehrheit in Bundesversammlung

Mit der Bayern-Wahl sind die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung endgültig geklärt, die am 23. Mai 2004 über die Nachfolge von Bundespräsident Johannes Rau abstimmt. Union und FDP haben ihre absolute Mehrheit ausgebaut und könnten gemeinsam das neue Staatsoberhaupt wählen. Nach einer Berechnung auf Grundlage des vorläufigen amtlichen Ergebnisses kommen Union und Liberale zusammen auf 618 Stimmen (absolute Mehrheit: 604 Sitze). SPD und Grüne haben dagegen keine eigene Mehrheit: Die SPD verfügt über 462 Sitze, die Grünen über 89. Auch gemeinsam mit der PDS, die mit 33 Delegierten in der Bundesversammlung vertreten ist, würde es nicht zu einer Mehrheit reichen. Über drei Stimmen verfügt ferner die Hamburger Schill-Partei, einen Delegierten stellt die im Brandenburger Landtag vertretene Deutsche Volksunion.

Eine detaillierte Übersicht über die Wahlergebnisse finden Sie in der Dokumentation (Innenteil). Eine vollständige Dokumentation der Wahlergebnisse, inklusive aller Wahlkreisergebnisse steht auf www.cdunet.de zum download zur Verfügung.

LAURENZ MEYER:

Grandioser Erfolg für die CSU

Gratulation an Edmund Stoiber und die CSU zu dem grandiosen Erfolg. Das Ergebnis ist ein Ergebnis unserer bayerischen Schwesterpartei und die gesamte Union freut sich mit der CSU.

Das Ergebnis hat drei Gründe: Zum einen die im bundesweiten Vergleich sehr gute bayerische Situation bei Arbeitsplätzen, Wachstum, Schuldenstand, Bildungspolitik und innerer Sicherheit.

Zweitens ist das Abstimmungsergebnis ein überwältigender Vertrauensbeweis für Edmund Stoiber, der wie kein anderer die erfolgreiche Politik der CSU verkörpert.

Und drittens haben die Wähler Gerhard Schröder

und seiner SPD die berechtigte Quittung erteilt. Das selbst für bayerische Verhältnisse dramatisch schlechte Abschneiden der SPD zeigt: Die Menschen sind das Chaos, die Konzeptionslosigkeit und das Gerede der Bundesregierung schlicht leid.

Das Ergebnis ist auch eine Aufforderung an die Union, den bisherigen Kurs weiterzufahren und eigene, klare Alternativkonzepte vorzulegen, wie CDU und CSU das bereits beim Arbeitsmarkt oder der Gemeindefinanzierung getan haben.

Gleichzeitig bedeutet das Resultat auch eine Stärkung der Union im Bundesrat. Dort werden wir auch in Zukunft alle Schritte, die in die richtige Richtung gehen, mittragen; gleichzeitig werden wir aber auch einen Beitrag dazu leisten, die Chaospolitik der Bundesregierung zu korrigieren. Das Urteil der Bürger in Bayern heißt: Die Menschen wollen eine grundsätzliche Änderung der politischen Ausrichtung Deutschlands; jeder weitere Monat Rot-Grün ist ein verlorener Monat für Deutschland.

BUNDESTAGSWAHL 2002: SPD-WÄHLER BEREUEN WAHLENTSCHEIDUNG

Ein Jahr nach der Bundestagswahl bereut mehr als ein Viertel der SPD-Wähler seine Wahlentscheidung.

Das ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrag des Stern. Demnach bedauern heute 28 % der befragten SPD-Wähler, dass sie im September 2002 für die Sozialdemokraten gestimmt haben. Damit habe die SPD deutlich mehr Anhänger enttäuscht als die übrigen Parteien. Der Umfrage zufolge stehen CDU/ CSU-Anhänger weit öfter zu ihrer Stimme. Lediglich 6 % der CDU/ CSU-Anhänger würden sich anders entscheiden.

In der wöchentlichen Umfrage von Stern und RTL zur Parteipräferenz hat die SPD weiter verloren. Nur noch 28 % der Befragten stimmten für die SPD, das sind zwei Prozentpunkte weniger als in der Vorwoche. Ein Plus von einem Prozentpunkt konnte dagegen die Union verzeichnen. 47 Prozent der Befragten würden CDU und CSU wählen, wenn jetzt Bundestagswahl wäre. Unverändert bleiben die Umfragewerte von Grünen (11 %) und FDP (7 %). Die PDS stagniert bei drei Prozent, die sonstigen Parteien erhielten in dieser Woche einen Punkt mehr und liegen bei 4 % der Stimmen.

Angela Merkel als **Fraktionsvorsitzende** wiedergewählt

Die Unionsfraktion im Bundestag hat ihre Vorsitzende Angela Merkel mit einem großen Vertrauensbeweis bis zum Jahr 2006 im Amt bestätigt.

Ein Jahr nach der Bundestagswahl wurde Angela Merkel mit 93,7 Prozent der Stimmen wieder gewählt. Bei der Übernahme des Amtes vor einem Jahr hatte sie 92,2 Prozent erzielt. Angela Merkel, die auch das Amt der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands innehat, zeigte sich nach der Wahl „zufrieden" mit ihrem Ergebnis. Dies sei ein „schöner Moment", sagte sie. Sie hoffe, die Zusammenarbeit mit der CSU „so erfolgreich wie im vergangenen Jahr" fortsetzen zu können. Glückwünsche erhielt Merkel von CSU-Chef Edmund Stoiber, der nach seinem Wahlsieg in Bayern als Gast an der Fraktionssitzung teilgenommen hatte.

Alle Stellvertreter Merkels, die vom CDU-Teil zu wählen sind, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Das beste Ergebnis (159 Stimmen) erzielte dabei – wie vor einem Jahr – der für Innen- und Rechtspolitik verantwortliche Wolfgang Bosbach.

Nach der Vereinbarung zwischen CDU und CSU, die zu Beginn der Wahlperiode geschlossen wurde, erfolgt die Wahl für Ämter in der Fraktion zu Beginn der Wahlperiode des Bundestages für ein Jahr, dann für den Rest der Wahlperiode.

Im Fraktionsvorstand sind CDU und CSU entsprechend ihrem Stärkeverhältnis vertreten. Die Fraktionsvorsitzende wird dabei von allen Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt, aber die Gruppen der CDU- und der CSU-Abgeordneten wählen die auf sie entfallenden Vorstandsmitglieder selbst. Dazu gehören die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die Parlamentarischen Geschäftsführer, der Justiziar und die Beisitzer. Die Arbeitsgruppenvorsitzenden und Obleute wurden in getrennten Sitzungen benannt und im Anschluss von der Gesamtfraktion gewählt.

EIN NEUER FRAKTIONSVORSTAND

Fraktionsvorsitzende	
Angela Merkel	93,7 %
Stellvertreter (CDU-Anteil)	
Wolfgang Bosbach	96,3 %
Arnold Vaatz	93,2 %
Klaus Lippold	87,5 %
Wolfgang Schäuble	83,7 %
Maria Böhmer	80,0 %
Friedrich Merz	78,4 %
Parlamentarische Geschäftsführer (CDU-Anteil)	
Volker Kauder	98,2 %
Ilse Falk	97,5 %
Manfred Grund	97,5 %
Eckart v. Klaeden	93,9 %
Justitiar (CDU-Anteil)	
Ronald Pofalla	94,5 %

Eine Übersicht über den Gesamtvorstand, inkl. der CSU-Vertreter, finden Sie auf **www.cducsu.de**

ANNETTE SCHAVAN:

Die OECD nimmt die **berufliche Bildung** zu wenig wahr

Jährlich veröffentlicht die OECD eine Studie „Bildung auf einen Blick", in dem wichtige Daten über die Bildungssysteme in den Mitgliedsländern bekannt werden. Solche Studien sind wichtig, weil sie die Bemühungen in den Ländern um ein leistungsfähiges Bildungswesen deutlich machen können.

Voraussetzung dafür, dass das gelingt, ist die Wahrnehmung aller Anstrengungen im jeweiligen Bildungswesen. Auch in diesem Jahr hinterlässt die Art der Veröffentlichung der OECD-Studie den Eindruck, dass die Leistungsfähigkeit unseres beruflichen Bildungswesens und die damit verbundenen Investitionen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand nicht genügend berücksichtigt sind. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Bezugsgröße für Bildungsinvestitionen ist darüber hinaus umstritten, weil damit noch keine Aussage über die Qualität der Schulbildung und die finanziellen Investitionen pro Schüler oder Einwohner eines Landes zum Ausdruck kommen.

Umstritten ist aber vor allem der jährlich wiederkehrende Hinweis, dass Deutschland eine zu geringe Abiturientenquote habe. Der viel bedeutsamere Hinweis – der im übrigen auch im OECD-Bericht enthalten ist – besagt aber, dass Deutschland einen weit überdurchschnittlichen Anteil von 91% aller Jugendlichen in jedem Jahrgang hat, die einen Abschluss im Bereich der Sekundarstufe II nachweisen können. Der Durchschnitt der OECD-Länder liegt bei 77% (2002). Mit diesem Vergleich ist der Beweis dafür geliefert, dass das berufliche Bildungswesen in Deutschland hoch qualifizierte Bildungsgänge im Sekundarbereich II anbietet, die zu einem weit überdurchschnittlichen Bildungsniveau in der Bevölkerung führen. Die Struktur der beruflichen Bildung in Deutschland schafft darüber hinaus eine positive Wirkung an der Nahtstelle zwischen Bildung und Beschäftigung. Das lässt sich z.B. im Vergleich der Jugendarbeitslosigkeitsquoten nachweisen. So hat ein Land wie Baden-Württemberg die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit – nicht zuletzt aufgrund der Ausbildungsbereitschaft seiner Unternehmen. Finnland hat z.B. eine Abiturientenquote von rund 60%. Die Studierendenquote liegt dort aber nur bei 30%. Der Anteil der Abiturienten an einem Jahrgang ist also – für sich genommen — noch kein Hinweis auf die Leistungsfähigkeit eines Bildungswesens und seiner Anschlussfähigkeit an den Arbeitsmarkt.

Alle Jahre wieder wird auch bestätigt, dass Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland vergleichsweise hohe Gehälter haben. Die Höhe des Gehaltes eines Berufsstandes muss aber immer auch im Vergleich zum allgemeinen Gehaltsniveau in einer Gesellschaft gesehen

werden. Das ist zweifelsohne in Deutschland generell hoch. Deshalb sollte der Eindruck vermieden werden, dass die Lehrerschaft in Deutschland im Blick auf ihr Gehalt eine Sonderrolle einnimmt. Derartige Vorwürfe verstärken letztlich nur Vorurteile gegenüber einem Berufsstand, der in Deutschland dringend eine höhere Akzeptanz braucht.

Wir werden uns auch künftig internationalen Vergleichen stellen. Wir können aber unsererseits erwarten, dass die Erfolge jenes Teils unseres Bildungswesens, das – übrigens auch in Österreich und der Schweiz – für zwei Drittel aller Jugendlichen eines Jahrgangs eine attraktive Bildungs- und Berufsperspektive beinhaltet, international wahrgenommen wird. Das gilt für die Leistungsfähigkeit unserer beruflichen Schulen, aber auch für die damit verbundenen qualifizierten Abschlüsse und für die Bildungsinvestitionen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Nur dann wird verglichen, was auch vergleichbar ist. Ansonsten leiden OECD-Studien darunter, dass sie lediglich jenen Ausschnitt unseres Bildungswesens wahrnehmen, der sich auf allgemein bildende Schulen und das heißt auf etwa ein Drittel der Jugendlichen in einem Jahrgang bezieht. Dann werden Rückschlüsse gezogen, die realitätsfern sind und bildungspolitische Perspektiven auf die falsche Fährte führen.

Die Partnerschaft von Schulen und Unternehmen in Deutschland hat sich bewährt und darf im internationalen Vergleich keine nachrangige Rolle spielen. Zur Leistungsfähigkeit eines öffentlichen Bildungswesens gehört die Vielfalt der Bildungsgänge und die damit verbundenen Möglichkeiten, auf unterschiedlichen Wegen zu qualifizierten Abschlüssen zu kommen. Zur Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems gehört schließlich seine Anschlussfähigkeit im Blick auf Beschäftigungsperspektiven.

DIE FESSELN MÜSSEN WEG

Zur OECD-Studie erklärte die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagfraktion, Katherina Reiche:

Rot-Grün denkt immer nur vom Anfang her. Das Ziel der Bildungsministerin, 40 Prozent eines Altersjahrgangs Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen, ist ehrenwert. In der Realität ist sie jedoch weit von einer erfolgreichen Hochschulpolitik entfernt, wenn nur 19 Prozent eines Altersjahrgangs es auch tatsächlich zu einem Abschluss bringen. Entscheidend ist nicht nur, was vorne rein kommt, sondern was hinten raus kommt. Frau Bulmahn brüstet sich mit hohen Zahlen bei Studienanfängern und Bafög-Empfängern. Sie versetzt die Universitäten und die Studenten aber nicht in die Lage, diese Studienbiographien erfolgreich zu Ende zu führen.

Die Universitäten müssen gestärkt werden. Wir brauchen mehr Investitionen in Forschung und Wissenschaft und mehr Freiheit für die Universitäten. CDU/CSU fordern daher die Bundesregierung auf, das Hochschulrahmengesetz umgehend zu reformieren. Die Fesseln müssen weg. Aus dem Korsett des Gesetzes muss wieder ein echter Rahmen werden. Länder und Hochschulen müssen in die Freiheit entlassen werden. Dadurch würde sich die Qualität der Lehre in Deutschland verbessern und mehr Studenten könnten erfolgreich abschließen.

Neuer **Landesvorstand** gewählt

Ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl hat der sächsische Landesvorsitzende und Ministerpräsident Georg Milbradt von seiner Partei einen deutlichen Vertrauensbeweis erhalten.

Auf einem Landesparteitag bestätigten 89,9 Prozent der Delegierten Georg Milbradt für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Landesvorsitzender. Damit sei klar, dass der Ministerpräsident die Partei im nächsten Jahr in die Wahlentscheidung führen werde, sagte der gleichfalls wieder gewählte Generalsekretär Hermann Winkler. In seiner Rede unterstrich Milbradt den Anspruch der CDU, bei der Landtagswahl im September 2004 erneut mehr als 50 Prozent zu erreichen. CDU-Politik in Dresden gebe es nur mit absoluter Mehrheit, unterstrich Milbradt. Bei einer Regierungskoalition von SPD und PDS stünde der Freistaat „auf der Kippe". Sachsen ist das einzige Land in den Neuen Bundesländern, in dem eine Partei seit der Wende mit absoluter Mehrheit regiert.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, würdigte in ihrer Rede die Leistungen Sachsens. Nach ihren Worten heißt „Deutsche Einheit", „dass auch der Westen vom Osten lernen kann". Vor dem Hintergrund der Debatte um die Aufbauhilfe Ost warnte Merkel ihre Partei vor einer „Neidkampagne". Der Westen dürfe nicht gegen den Osten ausgespielt werden, sagte sie unter Verweis auf Äußerungen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück (SPD). Zugleich übte Merkel heftige Kritik an der rot-grünen Bundesregierung. Mit seiner Politik der Unzuverlässigkeit erzürne Bundeskanzler Gerhard Schröder die Menschen nicht nur, sondern verunsichere sie auch. Heute verspreche er einer Gruppe etwas, morgen einer anderen. Dieser „Zick-Zack-Kurs" tue Deutschland nicht gut. Verlässlichkeit könne nur erreicht werden, wenn die Politik ein Stück über den Horizont hinausgehe, fügte Merkel hinzu.

Amt/Gremium	Gewählte Person
Vorsitzender	Georg Milbradt
Generalsekretär	Hermann Winkler
Stellv. Vorsitzende	
1. Stellvertreter	Steffen Flath
2. Stellvertreter	Christine Clauß
3. Stellvertreter	Heidrun Hiemer
Landesschatzmeister	Jürgen Schwarz

Eine Übersicht über alle neu gewählten Mitglieder des Landesvorstands und umfangreiche Informationen zu dem Landesparteitag finden Sie auf **www.cdu-sachsen.de**

Über die **Renaissance** bürgerlicher Werte

„Bürgerliche Werte sind kein Museumsstück", sagte Angela Merkel in ihren Begrüßungsworten zu einer neuen Runde der Berliner Gespräche. Gerade wer Entscheidungen zu treffen habe, orientiere sich immer an Werten.

Unter der Moderation des Journalisten Michael Inacker diskutierten der Gründer von Cap Anamur, Rupert Neudeck, und der Publizist Jan Ross kontrovers über die Renaissance bürgerlicher Werte in Zeiten der Krise. Während Ross die wichtige Diskussion um bürgerliche Werte für eine reine Modeerscheinung hielt, sah Neudeck das anders: „Damals war bürgerlich für mich ein Schreckgespenst. Man wollte auf keinen Fall bürgerlich sein. Wenn wir heute über bürgerliche Werte sprechen, meinen wir Weltbürgerwerte." Für ihn sei die Zivilcourage der höchste Wert der bürgerlichen Gesellschaft. Doch auch Ross machte deutlich: „Bürgerlichkeit kann einen guten Sinn haben." Sie stehe erstens für das Miteinander von Individualität, Eigenverantwortung und Bindung und zweitens für die Verknüpfung von Moderne und Tradition.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen Ross und Neudeck wurde auch in der Frage nach der Wertediskussion in Deutschland offensichtlich. Neudeck sieht die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland auf einem guten Weg.

Werteverfall

Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass hierzulande die Bereitschaft zur Hilfe besonders hoch sei. Dem widersprach Ross energisch. „Es gibt immer eine Balance von gut und böse – auch innerhalb der Völker", so Ross. Aus dem gleichen Grund halte er auch nichts von einer Diskussion über den Werteverfall, da auch hier eine ständige Balance bestehe.

Die Rolle der Christen in der Wertediskussion beurteilte Ross als eher marginal. „Die Aufgabe der Christen in der Welt ist allenfalls eine Vorbildfunktion und eine gewisse Widerborstigkeit", sagte der Publizist. Jemand der an gar nichts glaubt, könne jedoch genauso wertvoll sein, wie jeder andere. Neudeck hingegen sieht den Glauben als etwas Existenzielles: „Wir brauchen ein Evangelium, das eine Herausforderung bedeutet. Entscheidend ist, dass man etwas tut, nicht dass man Gründe findet, es nicht zu tun."

In der Frage wie wichtig Werte für die heutige Gesellschaft sind, waren sich beide Diskutanten einig. „Alles zu dürfen, ist ein Rückschritt in die Barbarei", so Ross. Junge Leute bräuchten ein Wertefundament. Dem pflichtete Neudeck bei. „Wollen wir uns damit begnügen, in die totale Beliebigkeit abzustürzen?", fragte er das Publikum. In künftigen Fragen der Biogenetik aber auch der Globalisierung sei es wichtig, Position zu beziehen. Und dies aus einem soliden Wertefundament.

BDI-REFORMKONGRESS:

„Chancen müssen vor Risiko gestellt werden“

Zu einem Umdenken in den Bereichen Forschung und Technologieförderung hat die Vorsitzende der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, Bevölkerung und Politik aufgerufen.

„Deutschland muss akzeptieren, dass Wachstum nur über Erfindungen und damit neue Produkte möglich ist“, so Angela Merkel auf dem Reformkongress des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Künftig müssten bei allen Erfindungen die Chancen vor das Risiko gestellt werden. Dazu aber sei mehr staatliche Freiheit notwendig, von der in der Agenda 2010 nicht die Rede sei. „Politik weiß nun einmal nicht, wo die Innovationen der Zukunft liegen“, sagte Merkel z. B. im Hinblick auf die verstärkte Förderung der Windkraft. Die Bundesregierung müsse auch bei der Gentechnik eine andere Richtung einschlagen. Das Moratorium für die grüne Gentechnik müsse endlich aufgehoben werden. Man müsse bei jeder Innovation, die von Deutschland ins Ausland verlagert wird, nach den Grün-

den fragen und diese auch angehen. „Es geht mir nicht um den Erhalt des Bestehenden, es geht um zusätzliche Investitionen in Deutschland“ sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Erst wenn Analysten wieder zu Investitionen in Deutschland rieten, könne man zufrieden sein.

Ein wesentliches Problem für die Zukunft Deutschlands sei die Abwanderung der Leistungsträger. Um dem entgegen zu wirken, sei eine Reform des Bildungswesens zwingend geboten. Neben Studiengebühren forderte Angela Merkel für die Universitäten die Möglichkeit, sich ihre Studenten selbst aussuchen zu können. Derzeit sei der Rechtsanspruch auf einen Studienplatz nach bestandenem Abitur für jeden garantiert. Umdenken verlangte Merkel auch bei den Professoren. „Ich kann mir gut vorstellen, dass es in Zukunft ohne die Verbeamtung der Professoren mehr Dynamik im Lehrbetrieb gibt“, so Merkel. Weitere Schritte seien mit der Einführung neuer Studienabschlüsse und dem Abitur nach 12 Jahren bereits begonnen worden. Hier seien die CDU-Länder Sachsen und Thüringen die Vorreiter, Baden-Württemberg, das Saarland und Hessen würden in Kürze nachziehen.

Bedarf für weitere Weichenstellungen sieht Angela Merkel jedoch auch auf anderen Ebenen. Zum Beispiel im Bereich des Niedriglohnsektors. „Wir brauchen diesen Sektor, um Dienstleistungen in Deutschland anzusiedeln. Dazu muss man auch über Transferzahlungen bis hin zu einer negativen Einkommensteuer sprechen“, so die CDU-Vorsitzende. Im Hinblick auf die Agenda 2010 betonte Angela Merkel die Bereitschaft der CDU zur Kooperation – allerdings nicht um jeden Preis: „Es geht nicht darum, dass etwas passiert, es geht darum, dass das Richtige passiert.“

Frauen **gestalten** die Europäische Union

„Europa ist weiblich", betonte die Europa-Parlamentsabgeordnete Doris Pack in Bezug auf die griechische Sage über die Entstehung Europas.

Die ehemalige Vorsitzende der deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union (EFU) und Vorsitzende der Frauen in der Europäischen Volkspartei (EVP) konnte im September bei einem festlichen Empfang der Frauen-Union der CDU in Berlin gemeinsam mit über 250 Gästen das 50jährige Jubiläum der Europäischen Frauen-Union feiern.

Ebenso wie ihre Vorgängerin im Amt, Marlene Lenz, und die frühere Vorsitzende der EFU, Ursula Schleicher, erinnerte Doris Pack daran, dass es Frauen waren, die vor 50 Jahren eine Vorreiterrolle in der christdemokratischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene übernahmen.

Bereits 1953 – fünf Jahre vor Gründung der EWU – hatten christlich-demokratische und konservative Politikerinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz den Grundstein für die Gründung der Europäischen Frauen-Union gelegt. Ihr Ziel war es, unter Wahrung

christlich-demokratischer Prinzipien nicht nur die Anliegen von Frauen europaweit gemeinschaftlich voranzutreiben, sondern auch Prinzipien zu vertreten und durchzusetzen, „die der Gesamtheit der christlich-demokratischen Frauen Europas am Herzen liegen", so ein Zitat der Österreicherin Lola Solar, der ersten Vorsitzenden der EFU.

Im Juli 2003 gründeten EFU und EVP-Frauen die Dachorganisation European Women's Association (EWA). Die EWA soll die seit Jahrzehnten bestehende Zusammenarbeit beider Organisationen stärker bündeln und die Kräfte so zielgerichteter einsetzen.

Dem historischen Rückblick folgte ein Ausblick auf das Europa von morgen. Im Anschluss an den Empfang der Frauen-Union fand auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung die Podiumsdiskussion „Frauen gestalten die Europäische Union" statt. Die Europaabgeordnete Angelika Niebler (Deutschland), die Österreicherin Silvia Fuhrmann (Abgeordnete zum Nationalrat), die Polin Dorata Keller (Mitglied im Stadtrat von Warschau) und die Vorsitzende der Frauen-Union Malta, Helga Zahra, diskutierten miteinander über ihre Visionen für die erweiterte Europäische Union. Die Podiumsteilnehmerinnen stimmten darin überein, dass die Erweiterung und Vertiefung ein richtiger und wichtiger Schritt für Europa sei, der sowohl für langjährige Mitgliedsstaaten als auch den neu beitretenden Ländern Vorteile bringe. Besonders die Vertreterinnen aus Polen und Malta begrüßten die EU-Erweiterung als Chance für den Fortschritt der Gleichberechtigung von Frau und Mann in ihren Heimatländern.

Bärbel Steinkemper, Bürgermeisterin der Stadt Alfter, übernahm auf der Mitgliederversammlung der deutschen EFU am selben Wochenende den Vorsitz der deutschen Sektion der EFU von Doris Pack.

Effiziente **Verbrechensbekämpfung** durch DNA-Analyse

Anlässlich einer Expertenanhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu kriminalistischen, naturwissenschaftlichen und rechtlichen Aspekten der verstärkten Nutzung der DNA-Analyse erklärten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Wolfgang Bosbach, der rechtspolitische Fraktionssprecher, Norbert Röttgen, und der innenpolitische Fraktionssprecher Hartmut Koschyk:

Wie die erfolgreiche Aufklärung schwerster Verbrechen immer wieder zeigt, ist die DNA-Analyse ein verlässliches und unverzichtbares Mittel zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten, aber auch zur Entlastung zu Unrecht Beschuldigter. Dennoch wird dieses Instrument zum Schutze der Bevölkerung nicht in dem Maße genutzt wie dies Praktiker aus Polizei und Justiz fordern und wie dies technisch möglich wäre. Ein Grund dafür ist die Angst vor dem Missbrauch einer Untersuchungsmethode, deren Technik sich dem Nicht-Fachmann nicht ohne weiteres erschließt, und vor deren – meist überschätzter – Aussagekraft über Person und Aussehen des mutmaßlichen Täters.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt zwar die Sorgen in der Bevölkerung vor einem theoretisch möglichen Missbrauch ernst, hält es aber dennoch für unerlässlich, die Möglichkeiten, die die DNA-Analyse bietet, besser als bislang auszuschöpfen. Deswegen hat sie eine Expertenanhörung durchgeführt, die u.a. Fachleuten aus der Richterschaft, dem Kreis der Polizei, der Naturwissenschaft, der Rechtswissenschaft, der Anwaltschaft und dem Bundesbeauftragter für den Datenschutz, Joachim Jacob, die Gelegenheit gegeben hat, Chancen und Grenzen der DNA-Analyse aus ihrer Sicht darzustellen. Nach einhelliger Meinung der Experten ist die DNA-Analyse ein hervorragendes und in der Praxis vielfach bewährtes Instrument zur Aufklärung und Verhinderung von Verbrechen. Ihre Anwendung kann und muss daher – unter Wahrung des Persönlichkeitsrechts der Betroffenen – ausgeweitet werden.

W. Bosbach

N. Röttgen

H. Koschyk

Wie jede andere Technik birgt auch die DNA-Analyse eine Missbrauchsgefahr in sich. Diese Gefahr ist durch die Ausgestaltung der DNA-Analyse – bis hin zu einer Strafbewehrung des Missbrauchs – beherrschbar.

Streng zu unterscheiden ist zwischen dem codierenden und dem nicht-codierenden Teil der DNA sowie dem DNA-Identifizierungsmuster. Letzteres lässt ausschließlich den Rückschluss zu, ob das aufgefundene Spurenmaterial vom Täter stammt oder nicht. Das DNA-Identifizierungsmuster dient also wie der konventionelle Fingerabdruck alleine der Identifizierung; Rückschlüsse auf Persönlichkeitsmerkmale, Eigenschaften, Aussehen etc. des Täters sind nicht möglich. Es gibt daher keinen Grund, die Ermittlung und Speicherung dieses Musters nicht – wie den Fingerabdruck – zum selbstverständlichen und regulären Bestandteil der erkennungsdienstlichen Behandlung ei-

nes mutmaßlichen Täters zu machen. Über die Durchführung einer DNA-Analyse von am Tatort eines Verbrechens aufgefundenen Spuren eines noch unbekannten Täters muss nach geltender Rechtslage ein Richter entscheiden, obwohl überhaupt keine Person bekannt ist, in deren Persönlichkeitsrecht diese Untersuchung eingreifen könnte. Diese Verfahrensweise ist ein völlig unnötiger bürokratischer Aufwand und daher überflüssig. Die Dauer dieses Entscheidungsprozesses behindert in vielen Fällen eine schnelle Aufklärung und damit auch ei-ne Verhinderung künftiger schwerster Verbrechen.

Die Begehung kleinerer Straftaten ist oft der Einstieg in eine Täterkarriere, an deren Ende schwerste Verbrechen stehen. Auch bei dieser Einstiegskriminalität muss die Anwendung der DNA-Analyse ausgeweitet werden. Hier kann sie auch in ihrer präventiven Funktion im Hinblick auf den einzelnen Täter zur Geltung kommen.

Eine effiziente Nutzung des genetischen Fingerabdrucks ist für einen effektiven Schutz der Bevölkerung vor schweren Straftaten unerlässlich. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb: ■ das DNA-Identifizierungsmuster als regulären Bestandteil der erkennungsdienstlichen Behandlung, ■ den Verzicht auf den Richtervorbehalt bei der Untersuchung von anonymem Spurenmaterial, ■ DNA-Analyse auch bei Einstiegskriminalität, insbesondere für alle Straftaten mit sexuellem Hintergrund und ■ eine ausdrückliche Strafandrohung für einen möglichen Missbrauch von DNA-Proben.

Wie die Ablehnung des zu Beginn dieser Legislaturperiode im Bundestag eingebrachten Unionsvorschlags, DNA-Analyse auch bei Einstiegskriminalität mit sexuellem Hintergrund zuzulassen, durch die Koalition gezeigt hat, beschränkt sich Rot-Grün auch in diesem Politikfeld auf bloße Ankündigungen und die Blockade der Initiativen von Unionsseite. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird in Folge der Anhörung in Kürze ein schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen.

HINTERGRUND: DNA-ANALYSE

Die DNA-Analyse ist eines der wichtigsten Werkzeuge der Ermittler bei der Aufklärung von Gewaltverbrechen. Bereits aus winzigen Spuren mit Erbinformationen wie Blut, Sperma, Schuppen oder Haaren können Experten einen sog. genetischen Fingerabdruck eines Menschen erstellen. Spuren mit Erbinformationen findet die Polizei nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin bei der Hälfte aller Tötungsdelikte. Bereits wenige Zellen reichen für eine DNA-Analyse aus. Das Verfahren ist jedoch aufwendig, da die DNA-Reste erst vervielfältigt werden müssen, ehe sie analysiert werden können. Als genetischen Fingerabdruck bezeichnen Experten bestimmte, über das Erbgut verteilte, DNA-Abschnitte, die nach heutigem Wissen funktionslos sind. Diese Abschnitte unterscheiden sich wesentlich stärker von Individuum zu Individuum als diejenigen Erbinformationen, die Aufbau und Funktion des Organismus steuern. Die Wahrscheinlichkeit, dass zwei Menschen den gleichen genetischen Fingerabdruck aufweisen, wird 1:30 Milliarden geschätzt.

Hermann Kues:

Kopftuchstreit nimmt Politiker in die **Pflicht**

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im so genannten „Kopftuchstreit" erklärt der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zeigt, dass das umstrittene Problemfeld der Religionsfreiheit einiger grundsätzlicher politischer Klärungen bedarf. Der Kopftuchstreit ist dabei nur eins von mehreren Problemen, das die Politiker in die Pflicht nimmt.

Es geht in der Sache um die Toleranz gegenüber der religiösen Lebenspraxis nichtchristlicher Religionen.

Diese Toleranz kann nicht soweit gehen, Symbolen wie das Kopftuch Eingang in den Staatsdienst zu eröffnen und damit herrschende Wertmaßstäbe herauszufordern. Hier ist die Neutralitätspflicht des Staates besonders gefordert, wobei allerdings ein Weg gefunden werden muß für ein tolerantes Miteinander von Lehrern und Schülern.

Die Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten kann überstrapaziert werden, wenn religiöse Symbole instrumentalisiert werden. Gerade das Tragen eines Kopftuches wird im christlichen Kulturkreis auch als Aktion verstanden.

Dietrich Austermann:

Maut-Verträge **offen legen!**

Anlässlich der Befragung des Bundesverkehrsministers Manfred Stolpe zum Maut-Debakel im Haushaltsausschuss erklärte der haushaltspolitische Sprecher:

Die Ausführungen des Bundesverkehrsministers zur Einführung der LKW-Maut haben offenbart, dass Stolpe offensichtlich die Übersicht verloren hat und nicht in der Lage ist, klare Festlegungen zum Betriebsbeginn des Maut-Systems sowie zu Haftungs- und Schadensersatzfragen vorzunehmen. Zu Vertragsstrafen und zur Haftung bei Störungen soll jetzt neu verhandelt werden!

Das Maut-Debakel wird 2003 im Bundeshaushalt zu Einnahmeausfällen von fast 1 Mrd. € führen. Denn die beiden ersten Monate sind vertragsstrafen- und haftungsfrei. Es wird zu Verzögerungen von Verkehrsinvestitionen in Deutschland kommen. Nur wenn die üppige Vergütung der Betreiber des nicht funktionierenden Systems ebenfalls entfällt, reduziert sich der Nettoeffekt auf 600 – 700 Mio. €, entsprechend wird die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr steigen.

Den von der Koalition beschlossenen Antrag, die Einsichtnahme in die Verträge mit der Industrie nur unter Einhaltung höchster Geheimhaltungsvorschriften zu ermöglichen, lehnt die Union ab. Wir wollen die Offenlegung der vertraglichen Absprachen und keine Knebelung der Parlamentarier. Dieser Vernebelungstaktik reicht die Union nicht die Hand. Die Schlamperei bei Milliarden-Verträgen muss aufgedeckt werden, damit Schäden eingegrenzt und

künftig verhindert werden. Die Union hat deshalb den Bundesverkehrsminister aufgefordert, dem Haushaltsausschuss umgehend den Betreibervertrag, vorliegende Gutachten und ergänzende Absprachen zur LKW-Maut vollständig offen zu legen. Nur so lassen sich die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen beurteilen, die sich aus den Verzögerungen bei der Einführung der LKW-Maut ergeben.

Hartmut Koschyk
Thomas Strobl:

Schleuserkriminalität auch künftig bekämpfen

Nach Vorlage des Erfahrungsberichtes des BMI zur Anwendung der lageabhängigen Kontrollbefugnis des Bundesgrenzschutzes erklärten der innenpolitische Sprecher und der Obmann im Innenausschuss:

Weil sich SPD und Grüne bislang nicht über die Befugnisse des Bundesgrenzschutzes (BGS) einigen konnten, droht den Menschen in unserem Land zum Jahreswechsel eine empfindliche Sicherheitslücke:

Seit 1998 kann der BGS zur Verhinderung der unerlaubten Einreise verdachtsunabhängig den grenzüberschreitenden Reiseverkehr nicht nur im 30-Kilometer-Grenzbereich, sondern auch auf dem Gebiet der Bahnanlagen und auf Verkehrsflughäfen kontrollieren. Diese Regelung läuft – wird sie nicht verlängert – Ende Dezember aus.

Obwohl selbst der Evaluierungsbericht des Bundesinnenministeriums (BMI) sowie die signifikanten Personenfahndungserfolge des BGS überdeutlich zeigen, dass das 1998 geschaffene Instrument des BGS zur Verhinderung der unerlaubten Einreise und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus unverzichtbar ist, konnten oder wollten SPD und Grüne sich bis jetzt nicht für die Verlängerung dieser Befugnis entscheiden.

Daher bringt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jetzt mit ihrem Entwurf für ein „Gesetz zur wirksamen Bekämpfung organisierter Schleuserkriminalität" die notwendige Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes auf den Weg. Wir hoffen darauf, dass die Koalition ihren Worten für mehr Innere Sicherheit Taten folgen lässt und unserem Gesetzentwurf zustimmt.

Die Fortschreibung der BGS-Befugnisse ist gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden Bedrohung Deutschlands durch illegale Migration, organisierte Schleuserkriminalität und Terrorismus unverzichtbar. Diese Regelungen haben zu einer Verbesserung der polizeilichen Arbeit des Bundesgrenzschutzes mit einer deutlichen Steigerung der Personenfahndungserfolge geführt.

Da zum heutigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, welche Folgen sich aufgrund der Osterweiterung der Europäischen Union und der verstärkten grenzpolizeilichen Zusammenarbeit in Europa ergeben werden, fordern wir in unserem Gesetzentwurf einen dies berücksichtigenden Erfahrungsbericht, der rechtzeitig vor Ablauf einer weiteren Befristung der Norm auf fünf Jahre vorgelegt werden muss. In diese Evaluierung sollen auch die Erfahrungen der Zusammenarbeit zwischen Bundesgrenzschutz und Länderpolizeien einfließen.

Klaus Riegert:

Rot-grüne **Sportförderung** auf niedrigem Niveau

Der sportpolitische Sprecher erklärte zur Sportförderung 2004:

Der von der rot-grünen Bundesregierung eingebrachte Haushalt ist als Beratungsgrundlage grundsätzlich unbrauchbar. Er kann im besten Falle als Informationsgrundlage bezeichnet werden. Dies betrifft auch die Sportförderung. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verzichtet deshalb auf Anträge und stellt alle Titel offen. Dennoch ist festzuhalten: Die rot-grüne Bundesregierung stellt die Sportförderung ins Abseits.

- 15 % Kürzung für den Leistungssport der Behinderten
- Aus für den Goldenen Plan Ost
- 10 % weniger für Dopinganalytik
- drastische Rückführung der Investitionen für Einrichtungen des Spitzensports um rd. 64 Mio € in den vergangenen vier Jahren.

Der Bundesfinanzminister nimmt durch eine Sondermünze Sport 90,5 Mio € netto ein, gibt dem Sport aber nur 30 Mio. € zurück. Dies und die Kürzungen machen den Stellenwert deutlich, den Rot-Grün dem Sport zumisst. Schily ist ein Glamourminister. Bei Großveranstaltungen drängt es ihn in die erste Reihe, die Sportförderung stellt er hinten an. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird erst Anträge einbringen, wenn Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit hergestellt sind.

Peter Paziorek
Tanja Gönner
Werner Wittlich:

Zwangspfand endlich aussetzen

Aus Anlass der Demonstration der Betriebsräte und Mitarbeiter aus den betroffenen Unternehmen gegen das Zwangspfand erklärten der umweltpolitische Fraktionssprecher sowie die Berichterstatter für das Recht der Abfallwirtschaft und für die Verpackungsverordnung:

Die Demonstration der Mitarbeiter aus den betroffenen Unternehmen gegen das Dosenpfand beweist: Das Dosenpfand-Chaos muss gestoppt werden. Deutschland braucht beim Zwangspfand ein Moratorium.

Der Bundesumweltminister hat seit Einführung des Dosenpfandes immer wieder versprochen, dass es ab dem 1. Oktober 2003 ein einheitliches verbraucherfreundliches Rücknahmesystem geben wird. Momentan ist er leider der einzige, der immer noch stoisch an diese Illusion glaubt. Was der Bürger heute erlebt, ist aber nur Chaos. Das tragische ist, dass dieses Chaos nicht überraschend kommt. Seit Monaten warnen CDU/CSU-Fraktion, Verbände und Wirtschaft vor einer derartigen Situation.

Auch bei der aktuellen Novellierungs-Debatte haben wir vor den Folgen des jetzigen Entwurfs gewarnt und erneut klar gemacht, dass der Ansatz der derzeitigen Novelle viel zu kurz gegriffen ist. Wir haben Herrn Trittin immer wieder beschworen, seinen starren Kurs aufzugeben.

Die Forderungen der Union, die u.a. mit ihrer Innovationsklausel auf eine echte Vereinfachung der Verpackungsverordnung zielen, wurden vom Bundesumweltminister ignoriert. Während der ganzen Diskussion haben die Verbraucher ihr Vertrauen in politische Entscheidun-

gen verloren, weil sie völlig unstruktrierte und den Alltag belastende Regelungen einfach hinnehmen mussten.

Das Zwangspfand bringt auch nicht die von Trittin versprochenen Arbeitsplätze. Im Gegenteil, das Zwangspfand vernichtet Arbeitsplätze. Das Prognos-Gutachten hat dies eindrucksvoll bestätigt. Das Prognos-Gutachten kommt zu dem Schluss, dass bis Ende 2004 mit volkswirtschaftlichen Umsatzeinbußen von 578 Mio. bis 1,2 Mrd. Euro und dem Verlust von bis zu 1.700 Arbeitsplätzen zu rechnen ist.

Wirtschaftliche Einbußen waren selbst für viele Pfandbefürworter zu erwarten, aber das Prognos-Gutachten geht noch weiter und bescheinigt dem ungeliebten Zwangspfand nur einen geringen ökologischen Nutzen: Nach den vorliegenden Berechnungen beträgt die Einsparung von energie- und klimaschädlichen Stoffen lediglich 0,04 %. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, dem Beispiel des Bundesrates zu folgen und eine Denkpause einzulegen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, das Zwangspfand auszusetzen und die Zeit des Moratoriums dafür zu nutzen, mit Wirtschaft und Opposition über neue Ansätze bei der Novellierung der Verpackungsverordnung zu diskutieren.

STELLENANZEIGE DER JUNGEN UNION

Die Junge Union Deutschlands sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin eine/einen

Bildungsreferent/in – Wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in

Aufgaben: ■ Vorbereitung und Durchführung von Seminaren und Fachkongressen ■ Zusammenstellung und Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Arbeit der Gremien des Bundesverbandes ■ inhaltliche und organisatorische Betreuung von Kommissionen und Arbeitskreisen ■ redaktionelle Betreuung der Internetpräsenz in Zusammenarbeit mit dem Webmaster ■ Entwurf von Referaten, Texten für Veröffentlichungen, Resolutionen und Beschlussvorlagen für den Bundesvorstand ■ Recherche, Materialsammlungen, Korrespondenz

Anforderungen: ■ abgeschlossenes Hochschulstudium ■ Beherrschung von zwei Fremdsprachen in Wort und Schrift (Englisch obligatorisch) ■ Erfahrung in der gesellschaftspolitischen Arbeit ■ hohes Maß an Mobilität und Flexibilität ■ sicherer Umgang mit Internet und E-Mail ■ Mitgliedschaft in der Jungen Union

Vergütung: ■ in Anlehnung an BAT

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 17. Oktober 2003 an die **Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z. Hd. Bundesgeschäftsführer Georg Milde, Inselstr. 1 b, 10179 Berlin-Mitte**, zu richten.

Streuartikel für Canvassingaktionen

Papierfähnchen „CDU und Deutschland"
Papierfähnchen mit 2 verschiedenen Seiten

Bestell-Nummer: **9426**
Preis je **1.000 Stück: 53,00 €**
inkl. MwSt.: 61,48 €

CDU-Feuerzeug

Bestell-Nummer: **9506**
Preis je **25 Stück 12,10 €**
inkl. MwSt.: 14,04 €

Luftballon „CDU"

Bestell-Nummer: **9304**
Preis je **500 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €

Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**
Preis je **100 Stück: 10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €

Streichhölzer

Bestell-Nummer: **9831**
Preis je **100 Stück: 7,00 €**
inkl. MwSt.: 8,12 €

Pin „CDU"

Bestell-Nummer: **9875**
Preis je **100 Stück: 20,00 €**
inkl. MwSt.: 23,20 €

ID-Band „CDU"
Für Ausweise bei Veranstaltungen oder als modischer Begleiter für Schlüssel und Co.

Bestell-Nummer: **9933**
Preis je **20 Stück: 20,00 €**
inkl. MwSt.: 23,20 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Neue Aktionsmaterialien

Kalenderkarte:
„Steuer- und Abgabenlast"
ca. Scheckkartenformat aus Kunststoff

Bestell-Nummer: **9084**
Preis je **100 Stück: 10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €

ab 26.09.03 bestellbar

Aktionszeitung: „5 Jahre Rot-Grün"
Die größten Flops von Rot-Grün/
Die Konzepte der CDU

Bestell-Nummer: **1013**
Preis je **250 Stück: 16,00 €**
inkl. MwSt.: 17,20 €

(Jeder Kreisverband hat 500 Exemplare kostenlos erhalten)

Folder: „10 Punkte PLUS"
10 Kernpunkte der CDU für mehr Wachstum und Arbeit

Bestell-Nummer: **2085**
Preis je **100 Stück: 10,00 €**
inkl. MwSt.: 10,70 €

Notizheft:
„Was hat Rot-Grün gebracht?"
auf 36 Seiten Fakten zu rot-grüner Misswirtschaft und Leerseiten für eigene Notizen

Bestell-Nummer: **5086**
Preis je **20 Stück: 12,00 €**
inkl. MwSt.: 13,92 €

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neuen Wandzeitungen

„Es gibt keine Volkswirtschaft, die so viel Geld gegen die Arbeitslosigkeit einsetzt wie wir. Und keine ist so erfolglos wie wir."

(Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, SPD
18. August 2003)

5 Jahre Rot-Grün

Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Jahresabonnenten erhalten beide Wandzeitungsmotive.